

- PRESSEMITTEILUNG -

Längeres gemeinsames Lernen statt Privatschullösung

Die Schöneicher LINKEN bringen eine Beschlussvorlage zur Gemeinschaftsschule in die Gemeindevertretung ein.

Die Zukunft der Schöneicher Schullandschaft ab Klasse 7 ist weiterhin offen. Die Bemühungen für ein privates Gymnasium in Trägerschaft der evangelischen Schulstiftung war Anfang März ins Stocken geraten. Bis zum Mai verlängerte sich jüngst die erbetene Bedenkzeit des kirchlichen Schulträgers.

DIE LINKE lehnt ein Privatschulprojekt aus verschiedenen Gründen ab.

Gleichzeitig bietet sie seit Beginn der Schuldiskussion eine Alternative an: Ein Schöneicher Modellprojekt für eine Gemeinschaftsschule bis zur 10.Klasse, aufbauend auf einer der beiden Grundschulen.

Diese Variante, die sich aus den Koalitionsvereinbarungen der Landesregierung aus SPD und LINKEN zum längeren gemeinsamen Lernen ergibt, ist vom Bürgermeister und den anderen Fraktionen bisher stets als linke Spinnerei abgetan worden.

Nun bringen die LINKEN eine Beschlussvorlage für ein solches Modellprojekt in die anstehende Sitzungsrunde der Schöneicher Gemeindevertretung ein.

„Wir wünschen uns, dass sich die Gemeindevertretung ernsthaft mit dieser realistischen Option beschäftigt.“ sagt Fritz R. Viertel, bildungs- und jugendpolitischer Sprecher der Schöneicher LINKEN. „Es handelt sich dabei nicht mehr um eine weltfremde Utopie, wie das vielleicht unter der rot-schwarzen Landesregierung der Fall gewesen sein mag!“

Der Landesparteitag der Brandenburger LINKEN hat das Thema „längeres gemeinsames Lernen“ Anfang März erneut mit Priorität auf die Agenda der Landesregierung gesetzt. Zielvorstellung ist ein durchlässiges eingliedriges Bildungssystem von der 1.Klasse bis zum Abitur.

Der Gemeinde Schöneiche bei Berlin bietet sich dadurch die Möglichkeit, doch noch die selbstgesteckten Ziele einer Schule für alle ihre Kinder zu verwirklichen. „Für ein solches Projekt braucht es die entschlossene Unterstützung durch Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung“, ergänzt Fritz R. Viertel, „der LINKEN-Ortsverband allein kann die Landesregierung nicht zu einer Modellschule überreden.“

Die übergroße Mehrheit der Gemeindevertreter/innen sowie der Bürgermeister haben sich in der Vergangenheit für eine staatliche Schule ausgesprochen und eine Privatschule nur als „Notlösung“ bezeichnet. DIE LINKE hofft daher auf eine offene und ehrliche Diskussion zu ihrer Beschlussvorlage.